

Preisträger 2012 – Kategorie  
„Umweltengagement“

**BERLINER  
UMWELTPREIS  
DES BUND**



<http://pruefstein-lichterfelde-sued.de/>

Berlin, den 20.05.2013

## Nach unserem Plenum vom 26.4.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Unser Plenum am 26.4.2013 war nicht nur sehr gut besucht – unser Haus war voll -, teilgenommen haben auch politisch Verantwortliche aus Land und Bezirk. Von Anfang an dabei war Marion Platta, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus (Abgh), Irene Köhne kam hinzu als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgh, Frau Christa Markl-Vieto, Bezirksstadträtin für Jugend, Gesundheit, Umwelt und Tiefbau, hat zwischen zwei Terminen fast eine Stunde mit uns diskutiert, die Fraktion der Piratenpartei in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) war zahlreich vertreten, insbesondere durch ihren umweltpolitischen Sprecher und Fraktionsvorsitzenden Eric Lüders, der Vorsitzende der Grüne-Fraktion in der BVV, Herr Uwe Köhne haben am Bürgerdialog teilgenommen.

Herr Niebergall stellte einleitend kurz die wichtigsten Ereignisse und unsere Aktivitäten seit dem letzten Plenum dar.

Die Diskussion entzündete sich an den – vorsichtig ausgedrückt – unerklärlichen Widersprüchen zwischen den bekanntgewordenen Aussagen von zahlreichen politisch Verantwortlichen im Bezirk zum Planungsstand und –verfahren für Lichteferde Süd einerseits und dem „Letter of Intent“, der politischen Absichtserklärung des Bezirksamtes gemeinsam mit dem Eigentümer des Grundstücks andererseits.

Frau Markl-Vieto hob hervor, dass die in der Absichtserklärung genannten 2.700 Wohneinheiten (WE) und ca. 60 ha Landschaftspark ein Erfolg seien. Dem widersprachen mehrere Teilnehmer mit den Argumenten, dass

- zunächst – wie bisher von bezirkspolitischer Seite immer betont - das neue Naturschutzgutachten ausgewertet werden müsse, bevor Zahlen zur Bebauung festgelegt werden,
- nicht willkürlich festgelegte Zahlen, sondern die tatsächlich vorhandene Natur die Bebaubarkeit des Grundstücks bestimmen – siehe Naturschutzgesetz.

In der Diskussion wurde vor allem darauf hingewiesen, dass auf Landesebene (Abgh, Senat) von bis zu ca. 3.500 Wohneinheiten ausgegangen wird. Es entstand der Eindruck, dass Bezirksverantwortliche zur Abwehr eines Senatseingriffes von ihren bisherigen Zahlen zur Bebauung in der Größenordnung von 1.600 WE nach oben abgewichen sind. 2.700 WE bedeuten etwa 6.000 bis über 8.000 neue Bewohner, mehr

als jetzt in der Thermometersiedlung wohnen. („CDU will keine zweite Thermometersiedlung“, siehe Berliner Woche vom 30.1.2013). Diese Größenordnung wirft nicht nur gravierende Verkehrsprobleme auf – die Osdorfer Straße und der Lichterfelder Ring müssten den zusätzlichen Verkehr aufnehmen -, darüber hinaus wurde von Teilnehmern gefordert, dass auch die soziale Verträglichkeit der Wohngebietserweiterung zunächst geklärt und dann über die Bebauung entschieden wird.

Da in der Absichtserklärung kein klares Bekenntnis zur Großstadtwildnis und dem Weideprojekt von Frau Anne Loba zu finden ist, sondern im Gegenteil der Eigentümer inzwischen ganz andere Vorstellungen zum Landschaftspark geäußert hat, muss damit gerechnet werden, dass das Ende dieser einmaligen Landschaft besiegelt ist.

Das Gleiche gilt für die Zukunft der Gewerbebetriebe. In einer Anhörung im Umweltausschuss des Abgh wurden nach dem veröffentlichten Wortprotokoll

- Flächen für Gewerbebetriebe in Lichterfelde Süd so gut wie ausgeschlossen
- die mögliche Umsiedlung von Betrieben an andere Standorte erwogen, als auch
- Gespräche mit allen Unternehmerinnen und Unternehmer behauptet, was einige der erwähnten Betriebe sehr erstaunt hat.

Eine Karenzzeit für die Betriebe - keine Kündigung im laufenden Planungsverfahren - wurde inzwischen von den Piraten und der CDU vom Eigentümer gefordert.

Einige Bezirksverordnete haben ihre Verwunderung über die Absichtserklärung geäußert, die ohne Beteiligung und Information der BVV zustande gekommen sei. Strittig blieb, ob der Grundstückseigentümer Regressforderungen gegen den Bezirk rechtens erheben könnte, wenn die Absichten in erheblichem Umfang nicht durch einen entsprechenden Bebauungsplan realisiert würden.

Die weiteren Schritte des Bezirks zur Planung für Lichterfelde Süd sehen einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vor. Sollte dieser in Kenntnis und ohne Widerspruch zur Absichtserklärung des Bezirksamtes getroffen werden, wird sich aus unserer Sicht die rechtliche Lage weiter zu Ungunsten des Bezirks verschieben. Zudem ist damit zu rechnen, dass der Bezirk die weitere Vorbereitung eines Bebauungsplanes dem Grundstückseigentümer überträgt. Welche Zukunftsvorstellungen sich daraus für Lichterfelde Süd ergeben, können wir uns aus den bisher bekanntgewordenen Absichten und Zahlenspielen unschwer vorstellen.

Auch die Hinweise aus verschiedenen Fraktionen, dass letztlich die BVV über den Bebauungsplan entscheidet, können das Argument nicht entkräften, dass der Bezirk zunächst eigene Planungsziele formulieren muss und erst dann einen städtebaulichen Vertrag mit dem planenden Grundstückseigentümer schließen darf, wenn die Zukunft von Lichterfelde Süd im Sinne des Bezirks und seiner Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden soll.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Niebergall  
im Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd

Helmut Schmidt